expertenReport

Quelle: Adobe

Die Zahl der Insolvenzen steigt – die wirtschaftliche Substanz erodiert

Dirk Stein

Die wirtschaftliche Abschwächung im Frühjahr 2026 zeigt sich am klarsten im Insolvenztrend: +17 Prozent im Monatsvergleich, +18 Prozent zum Vorjahr. Während Industrieproduktion, Konsum und Beschäftigung noch ein gemischtes Bild liefern, markieren die Insolvenzen den Punkt, an dem ökonomischer Druck in reale Marktbereinigung umschlägt.

Beides steht zunächst unverbunden nebeneinander – verweist aber auf ein strukturelles Problem: Die präzisesten Krisensignale entstehen im Unternehmenssektor, die politische Antwort zielt hingegen auf die Stabilisierung des Konsums.

Der Schock kommt von außen – und trifft innen auf Anpassungsdruck

Ausgangspunkt ist ein externer Kostenschock. Der sprunghafte Anstieg der Energiepreise infolge geopolitischer Spannungen erhöht die Produktionskosten und entzieht zugleich Kaufkraft. Unternehmen geraten damit zwischen steigende Inputpreise und eine nachlassende Nachfrage.

Diese Konstellation wirkt asymmetrisch: Während sich Teile des Exportgeschäfts kurzfristig stabilisieren, bleibt die Binnenwirtschaft schwach. Investitionen werden verschoben, Konsum zurückgestellt, Erwartungen verschlechtern sich schneller als reale Einkommen. Der Anpassungsdruck konzentriert sich damit auf die Unternehmensseite – und entlädt sich dort zuerst.

Insolvenzen sind in diesem Umfeld kein Randphänomen, sondern ein Frühindikator. Sie zeigen, wo Geschäftsmodelle unter veränderten Kosten- und Nachfragebedingungen nicht mehr tragfähig sind.

Politik im Dilemma: Nachfrage stützen, während das Angebot unter Druck steht

Die Entlastungsprämie adressiert primär die Nachfrageseite. Sie soll Kaufkraft sichern und Konsum stabilisieren. Doch der aktuelle Schock ist angebotsgetrieben. Genau hier entsteht die ordnungspolitische Spannung.

Die Maßnahme verändert weder Energiepreise noch Produktivitätsbedingungen. Stattdessen verschiebt sie Lasten innerhalb des Systems: Da die Prämie über Arbeitgeber läuft,

steigen die Arbeitskosten rechnerisch deutlich. Unternehmen, die bereits unter Margendruck stehen, werden zusätzlich belastet.

Hinzu kommt die begrenzte Zielgenauigkeit. Erfahrungen mit der Inflationsausgleichsprämie zeigen, dass vor allem mittlere und höhere Einkommen profitieren, während niedrige Einkommen unterproportional erreicht werden. Die Maßnahme folgt damit institutionellen Strukturen – nicht ökonomischer Bedürftigkeit.

Gleichzeitig bleibt die fiskalische Dimension unscharf. Einnahmeverzichte wirken politisch weniger sichtbar als Ausgaben, binden aber reale Mittel in erheblicher Höhe.

Was sich im Markt tatsächlich verschiebt

Die Kombination aus steigenden Insolvenzen und nachfrageseitigen Entlastungen erzeugt widersprüchliche Anreize. Einerseits zwingt der Kostenschock zur Anpassung – über Effizienz, Preise und Struktur. Andererseits stabilisiert die Politik die Nachfrage künstlich und verzögert diese Anpassung.

Für Unternehmen entsteht daraus ein Umfeld erhöhter Unsicherheit. Investitionen werden zurückgestellt, Finanzierungsbedingungen verschärfen sich, Liquidität gewinnt an Bedeutung. Gleichzeitig verstärkt sich die Marktselektion: Kleine und weniger kapitalisierte Unternehmen scheiden häufiger aus, während größere Akteure ihre relative Stabilität ausspielen.

Die Insolvenzen sind damit nicht nur Folge der Krise, sondern ein Mechanismus der Neuordnung – allerdings unter verzerrten Rahmenbedingungen.

Mehr als eine Delle – ein verschobener Anpassungsprozess

Die aktuelle Entwicklung ist kein gewöhnlicher Abschwung. Sie zeigt, wie eine externe Schocklage auf eine Volkswirtschaft trifft, deren Anpassungsmechanismen politisch überlagert werden.

Die Entlastungsprämie stabilisiert kurzfristig Erwartungen, greift aber an der falschen Stelle an. Sie dämpft Symptome, ohne die Ursachen zu adressieren, und verschiebt Belastungen teilweise auf jene Akteure, die sich ohnehin im Anpassungsprozess befinden.

Der Anstieg der Insolvenzen markiert damit mehr als eine konjunkturelle Schwächephase. Er zeigt, dass die wirtschaftliche Anpassung bereits läuft – aber unter Bedingungen, die sie verlangsamen und verzerren.

Quellen

- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Die wirtschaftliche Lage in Deutschland, April 2026
- Institut der deutschen Wirtschaft (IW): Berechnungen zur Entlastungsprämie 2026 sowie Auswertungen zur Inflationsausgleichsprämie 2022–2024
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Insolvenztrend, März 2026

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4949319/insolvenzen-entlastungspraemie-wirtschaftspolitik-analyse-2026/